

Traditionen und Bildung: NÖ-Politiker wehren sich gegen FPÖ-Kritik

Am 21.05.2025 kritisiert Matthias Zauner die FPÖ und betont die Bedeutung von Traditionen im niederösterreichischen Bildungssystem.



Niederösterreich, Österreich - In Niederösterreich wird die Feier von Traditionen in Kindergärten im neuen Bildungsplan festgeschrieben und aktiv umgesetzt. Dies geschieht trotz der jüngsten Behauptungen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die in der Öffentlichkeit von einem Verbot des Muttertags gesprochen hat. Landesgeschäftsführer Matthias Zauner von der ÖVP (Österreichische Volkspartei) widerspricht diesen Informationen vehement und stellt fest, dass es kein solches Verbot gibt. Er kritisiert FPÖ-Abgeordneten Bors dafür, die Entwicklungen im Aktionsplan gegen radikalen Islam und den Bildungsplan für Kindergärten nicht verfolgt zu haben.

Zauner betont, dass die lebendigen Traditionen in

Niederösterreich Teil der Politik sind und eine gute Zukunft für die Kinder sichern. „Wir setzen auf eine Bildung, die Werte vermittelt und gleichzeitig die deutsche Sprache fördert“, erläutert Zauner weiter. Der Bildungsplan sieht auch vor, dass die Kinder in einem respektvollen Umfeld aufwachsen und verschiedene kulturelle Einflüsse kennenlernen.

Kampf gegen radikalen Islam

Ein zentrales Anliegen der ÖVP und der FPÖ ist der Kampf gegen den sogenannten „radikalen Islam“. Beide Parteien haben sich darauf geeinigt, ein Verbotsgesetz gegen den radikalen Islam auf den Weg zu bringen, angelehnt an das NS-Verbotsgesetz. Dies wurde in den Koalitionsverhandlungen dieser Woche deutlich, in denen bereits in einigen Punkten Einigkeit erzielt werden konnte. Die Untergruppe „Verfassung, Deregulierung, Öffentlicher Dienst, Kampf gegen Antisemitismus und politischen Islam“ hat zügig Fortschritte gemacht.

Die Maßnahmen der Regierung gegen den radikalen Islam werden als Kernanliegen angesehen, und die beiden Parteien fordern eine klare Positionierung in diesem Bereich. Dies zeigt sich auch in den jüngsten Erklärungen von Koalitionsverhandlern, die von schnellen Erfolgen sprechen.

Bildungspolitische Entwicklungen

Im Rahmen der Bildungsreformen wird zudem die Einführung eines verpflichtenden Kindergartenjahres diskutiert, um die Bildungschancen für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, zu verbessern. Der Fokus liegt auf der Bedeutung der ersten Lebensjahre für den Lernprozess der Kinder. Hierbei wird ein Modul entwickelt, das die letzte Phase vor dem Schuleintritt begleitet und besondere Aufmerksamkeit auf den Übergang zur Volksschule legt.

Das geplante Modul soll den Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen eine praxisnahe Anleitung für eine kindgerechte

Bildungsarbeit bieten und Anregungen zur optimalen Unterstützung der individuellen Entwicklung von Kindern bereitstellen. Diese Unterstützung ist besonders wichtig, um Kinder auf die Herausforderungen eines Schulbesuchs vorzubereiten, und die gesetzlichen Regelungen bieten auch Alternativen zur Betreuung bei Tageseltern oder in der Familie. Ein Leitfaden für die häusliche Betreuung und Tageseltern wird ebenfalls zur Verfügung stehen.

Die Entwicklungen in der Bildungspolitik und die Maßnahmen im Kampf gegen den radikalen Islam sind aktuell prägende Themen, die die politische Landschaft in Niederösterreich und darüber hinaus beeinflussen. **OTS** berichtet, dass diese konkreten Schritte Teil eines umfassenden Plans sind, der sowohl die traditionellen Werte als auch die aktuelle gesellschaftliche Situation berücksichtigt. **Der Standard** hebt hervor, dass die Koalitionsparteien gemeinsam an diesen Herausforderungen arbeiten, während **Bundeskanzleramt** die Bedeutung der frühen Bildungsmaßnahmen unterstreicht, um den Kindern eine gute Grundlage zu bieten.

Details	
Ort	Niederösterreich, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.derstandard.at• www.bundeskanzleramt.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at